

Berlin, Sonnabend,

den 31. Mai 1913.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Portoführer, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 M. 50 Pf., England 4 M. 50 Pf., Holland 7 M. 50 Pf., Schweden 12 M., Dänemark, Schweden u. Norwegen 9 M.

für Frankreich, Belgien, England, Amerika usw. Kreuzband-Erhebung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Siegle & Co. Ltd., 129 Abchurch Lane E.C. 4.

129 Abchurch Lane E.C. 4. und Comie & Co. 19 Greenbank Street E.C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel.

Kupon-Aussender.

Vollständige Zeichnungslisten der Preuss.-Börsen-Rentenlotterie.

Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebensachen.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Restzettel 1.20 M.

Beisprediger:

Zentrum, Nr. 243.

Telegraph-Adresse: Börsenfrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

## Dom Tage.

Der Reichstagskanzler beantwortete gestern im Reichstage die Interpellation der Sozialdemokraten wegen der von der elbschlesischen Regierung beim Bundesrat gestellten Anträge.

Die elfjährige Erste Kammer lehnte die Vorlage betreffend die Gemäßung von Zulagen an Beamte ab. Beide Kammern wurden gestern geschlossen.

Das spanische Kabinett Romanones ist zurückgetreten. König Alfons empfing den Führer der Konföderierten Mauros.

Nach einer Meldung aus Sofia ist der Eisenbahnverkehr für Personen und Waren für zwei bis drei Tage eingestellt worden, nur der Konventionalszug wird verkehren.

## Wahlreform.

Die während der Landtagswahlkampagne aufgetauchte Meldung, daß dem neuen Landtag ebenfalls eine Wahlrechtsreformvorlage vorgelegt werden solle, die von amtlicher Seite weder bestätigt, noch bestritten wurde, erfuhr jetzt durch ein konservatives Blatt ein entscheidendes Dementi, in dem es heißt, daß weder Vorarbeiten für eine Wahlreform im Gange seien, noch daß die Thronrede einen darauf bezüglichen Hinweis enthalten werde. Wir wissen nicht, woher dem Blatt seine Wissenschaft kommt. Da es aber in seinen Nachrichten im allgemeinen sehr vorsichtig und zuverlässig ist, wird man annehmen dürfen, daß augenblicklich die Meldung den Tatsachen entspricht. Es ist nämlich nicht unbedingt nötig, daß alle Vorlagen, die dem Landtage zugehen sollen, auch vorher in der Thronrede angekündigt werden; man hat es vielmehr des öfteren erlebt, daß im Laufe der fünfjährigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses Gesetzentwürfe eingebracht worden sind, von denen in der Thronrede nicht gesprochen worden ist. Auch die besprochene Tatsache, daß noch keine Vorarbeiten für eine Wahlreform getroffen sind, ist noch kein Beweis dafür, daß nicht im Laufe der kommenden fünf Jahre doch noch eine Wahlreform zustandekommen könnte. Hat doch die Regierung selbst erklärt, daß sie erst eine Verändingung unter den Parteien über die Wahlrechtsfrage abwarten wolle, bevor sie mit neuen Vorschlägen an das Abgeordnetenhause herantreten wolle. Wenn das Zentrum im Abgeordnetenhause sich entschlossen auf die Seite der Wahlrechtsfreunde stellte, so wäre eine Mehrheit für eine vernünftige Wahlreform ohne weiteres gegeben.

Daß wir eine vernünftige Wahlreform für unbedingt notwendig halten, haben wir bereits in unseren Bemerkungen zu den preussischen Landtagswahlen dargestellt. Es sei hier aber nochmals mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß nur eine wirklich vernünftige Wahlreform in Frage kommen kann. Die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen können wir nicht als vernünftige Wahlreform ansehen. Das Königswort von 1908, mit dem die radikalen Parteien immer frecher gehen, sprach auch nicht von einer völligen Neuregelung des Wahlrechtes, sondern von einer organischen Fortentwicklung des bestehenden. Das ist nach unserer Ansicht denn doch ein himmelweiter Unterschied. Wenn wir auch eine Wahlreform für eine unbedingt notwendige Aufgabe halten, die je früher je besser erfüllt werden soll, so können wir doch nicht zugeben, daß die Wahlrechtsfrage nun den Angelpunkt der gesamten preussischen Politik bilde. Es handelt sich lediglich um eine Reform wie viele andere Reformen auch. Worauf es bei einer Wahlreform ankommt, ist, daß die mannigfachen Schönheitsfehler des geltenden Wahl-

rechtes beseitigt werden, daß aber die eigentlichen Grundlagen des Wahlrechtes nicht angetastet werden. Dazu gehört vor allem die Abstufung des Wahlrechtes. Es ist ein durchaus gesunder Gedanke, daß die politischen Rechte des einzelnen Bürgers in einem entsprechenden Verhältnis zu seinen Leistungen für den Staat stehen sollen. Daß man bei der Schaffung des preussischen Wahlrechtes für die Abstufung lediglich die Steuerleistung zugrunde gelegt hat, war damals ein Nothbehelf, da ein anderer Maßstab noch fehlte. Dieser Maßstab ist jetzt durch die politische Entwicklung in Preußen aber gegeben und man sollte möglichst bald an Stelle dieses rohen und rein mechanischen Verteilungsmodus einen anderen setzen, der der Struktur unserer Bevölkerung in größerem Maße gerecht wird. In welchen Ausmaßigkeiten die Einteilung der Wählerklassen nach der Steuerleistung führt, haben die letzten Wahlen wieder mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Es erübrigt sich, hier näher darauf einzugehen, da während der Wahlen die meisten Wähler darüber ausführlich unter dem Titel „Wahlkurios“ — man sollte lieber sagen „Wahlunsinn“ — berichtet haben.

Der Fehler, der in der Einteilung der Wählerklassen lediglich nach der Steuerleistung liegt, wird noch vergrößert durch die Verteilung in den Wahlbezirken. Das Gelandere wäre es ohne Zweifel, wenn die Verteilung in den ganzen Wahlkreisen vorgenommen werden würde und dabei auch die anderen Momente für die Bewertung der Wähler, wie sie in der Wahlrechtsvorlage von 1910 in dem Passus über die Kulturträger einen allerdings etwas verzerrten Ausdruck fanden, berücksichtigt würden. Dann würde der pluralistische Charakter des geltenden Wahlrechtes, der viel dazu beigetragen hat, es in der Bevölkerung so unbeliebt zu machen, beseitigt werden. Und das wäre immerhin schon ein unschätzbare Fortschritt. Es gibt doch wahrlich Leistungen, die für den Staat wertvoller sind als lediglich die — noch dazu unfreiwillige — Steuerleistung.

Der Erkenntnis, daß die erwähnten Fehler des preussischen Wahlrechtes wirkliche Mißstände sind, werden sich auch die Konservativen nicht verschließen können. Je mehr das geltende Wahlrecht von seinen Fehlern befreit wird, umso größer ist die Gefahr, daß die Grundtendenzen des Wahlrechtes selbst nichts zu tun haben, um so größer ist die Gefahr, daß die Grundlagen des Wahlrechtes aufrechterhalten werden können. Mit der öffentlichen Stimmabgabe wird man sich ebenfalls abfinden können. Nur muß dafür Sorge getragen werden, daß in das Wahlgesetz oder die Verfassung eine Bestimmung hineinkommt, durch die dem sozialdemokratischen Terrorismus ein Riegel vorgeschoben wird. Wenn der Bürger frei seiner politischen Überzeugung leben und ihr entsprechend sich betätigen will, muß ihm von Staats wegen eine Garantie dafür geboten werden, daß ihm kein Nachteil daraus erwächst. Das liegt im Interesse aller bürgerlichen Parteien. Werden solche Kanteln geschaffen, dann kann man ohne Gefahr auf die geheime Stimmabgabe, deren Nachteile ihre Vorzüge zum mindesten weithinanden, verzichten.

Schon die oben gekennzeichneten Reformen wären eine Aufgabe des Schwiegers der Ecken wert. Und sie sind durchzuführen, sobald der Freisinn sich von seiner kritiklosen Überhöhung des Reichstagswahlrechtes freimachen kann. Auch das Reichstagswahlrecht ist nicht aller Seligkeiten höchste. Für Preußen kann es jedenfalls unter keinen Umständen in Frage kommen. Wenn der Fortschritt es ernst meint um einer Reform des preussischen Wahlrechtes, dann muß er sich auf vernünftige und erfüllbare Forderungen zurückziehen. Läßt sein Verhalten bei den anderen bürgerlichen Parteien die Überzeugung entstehen, daß es ihm mit seiner Wahlrechtsforderung nicht nur auf die agitatorische Wirkung ankommt, dann werden sich auch Zentrum und sicher auch ein Teil der Konservativen zu positiver Mitarbeit bereithalten lassen.

## Vom Balkan.

Aus Sofia wird uns gemeldet: Die Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten Paschic, wonach Serbien auf dem Standpunkte beharre, daß die Teilung der eroberten Gebiete ohne Rücksicht auf den zwischen Bulgarien und Serbien abgeschlossenen Vertrag zu erfolgen habe, hat in allen politischen Kreisen die bestehende harte Erregung noch verschärft und auch an auffälligen Stellen, wo man sich bemüht, die Streitfrage auch weiterhin mit Mäßigung zu beurteilen, lebhaftest Verstimmung hervorgerufen. Trotz dieses die Spannung erhöhenden Einbruchs wird aber in den leitenden Kreisen Sofias nicht angenommen, daß der unmittelbare Ausbruch einer akuten Krise zwischen den beiden Staaten bevorstehe. Eine Klärung der Lage wird sich erst aus der für die nächsten Tage angekündigten Begegnung des Serben Paschic mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Gschow ergeben. Aus dem Ergebnis der Unterredung der beiden Staatsmänner wird sich ein sicheres Urteil über die Frage schöpfen lassen, ob über die Verteilung der eroberten Gebiete eine gütliche Verständigung im Bereiche der Möglichkeit liegt. Nach der in diplomatischen Kreisen herrschenden Ansicht sei auch in dieser Angelegenheit für eine vermittelnde Einwirkung der Großmächte Raum gegeben. Durch ein befähigendes Auftreten, das aber auch Entschiedenheit nicht vermissen ließe, wären die Mächte, wie man meint, instande, dem Ausbruch eines offenen Konflikts vorzubeugen. Das Ansehen der Mächte sei auch gegenwärtig genügend groß für die Übernahme einer solchen Rolle mit der Aussicht auf eine erfolgreiche Einflußnahme.

Eine Mitteilung, die wir von einer führenden Persönlichkeit erhalten, bezeichnet ein rasches Fortschreiten der die Belegung des albanischen Fürstenthrones betreffenden Frage als äußerst wünschenswert. Mit dem Erscheinen des Fürsten in Albanien würde für den neuen Staat ein Mittelpunkt gewonnen werden, der den Reifungsprozess dieses politischen Gebildes in günstiger Weise fördern würde. In diesem Sinne ist auch eine telegraphische Rundgebung gefallen, welche die im Auslande lebenden Albanier an die Vorkonferenz-Minister in London gerichtet haben. Die Albanier, die aufs sorgfältigste darauf bedacht sind, sich den Intentionen Österreich-Ungarns und Italiens in jeder Beziehung anzupassen, warten auch in der Fürstenthronfrage mit Geduld den Zeitpunkt ab, in dem den Kabinetten von Wien und Rom diese Angelegenheit spruchreif erscheinen wird. Mit der gebührenden Rundgebung wollten sie aber die Vorkonferenz-Minister an die Notwendigkeit erinnern, in allen die Gestaltung Albanien betreffenden Verhandlungen ein schnelleres Tempo eintreten zu lassen, und hierbei die Bedeutung, welche speziell der Entscheidung der Fürstenthronfrage zukommt, in helles Licht zu rücken.

Nachstehende Telegramme liegen vor: London, 30. Mai. (G. T. C.) Sämtliche Friedensbelegierte verlassen gemeinsam um 1 Uhr 30 Minuten den St. James-Palast. Sie unterhielten sich dabei in freundschaftlicher Weise.

Sofia, 30. Mai. (G. T. C.) Der Chef des griechischen Generalstabes Oberst Dusanis hat Auftrag erhalten, sich mit General Ivanow wegen Feststellung einer Demarkationslinie zu verständigen und das darüber aufzunehmende Protokoll zu unterzeichnen.

Der Eisenbahnverkehr für Personen und Waren ist heute früh für zwei bis drei Tage eingestellt worden, nur der Konventionalszug wird verkehren.

London, 30. Mai. Nach dem „Daily Telegraph“ soll die serbische Regierung erklärt haben, die Streitfrage unter den Verbündeten könne nur unter den vier Verbündeten allein geregelt werden. Bulgarien müsse sich dann dem Urteil der Majorität unterwerfen. Diese Ansicht der serbischen Regierung — vorausgesetzt die Meldung bestätigt sich — dürfte in Sofia befremden, in keinem Falle jedoch Gegenkommen finden. Von Russland aus sind auch dringende Mahnungen nach Belgrad gesandt worden, in denen die strikte Einhaltung der bestehenden Verträge ge-